



Grünliberale Partei Stadt Bern

Positionspapier

Wirtschaftspolitik

Verabschiedet am Aktiventreffen vom 15. April 2008

Inhalt

1. Finanzpolitik
2. Standortförderung
3. Verwaltung



Grünliberale Partei
Bern
Postfach 6350
3001 Bern
bern@grunliberale.ch
www.bern.grunliberale.ch

1. Finanzpolitik

Die Grünliberale Partei strebt eine nachhaltige Finanzpolitik an, welche den zukünftigen Generationen den Handlungsspielraum für eine innovative Stadtentwicklung gewährt.

Reduktion der Schulden

Der Schuldenberg der Stadt Bern ist nach wie vor beachtlich. Die baldmögliche Abtragung der Schulden ist zwingend nötig, um für die Zukunft finanzpolitischen Spielraum zu erhalten. Aus diesem Grund ist für jedes Jahr unter Einrechnung der Schuldentrückzahlung ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. In wirtschaftlich guten Jahren ist ein Polster anzulegen, das zum Ausgleich von Mindereinnahmen in schlechten Jahren eingesetzt werden kann.

Investitionen

Werden die Investitionen nicht vollumfänglich durch laufende Einnahmen finanziert, so drohen neue Schuldenberge. Die Investitionstätigkeit ist deshalb so zu planen, dass der Selbstfinanzierungsgrad in jedem Jahr mindestens 100% beträgt. Auf Prestigeobjekte und auf die Erhaltung von Bausubstanz zum Selbstzweck ist in jedem Fall zu verzichten.

Ausgabenpolitik

Die Stadt Bern soll eine restriktivere Ausgabenpolitik betreiben. Eine Reduktion der Ausgaben wird vordringlich durch eine sinnvolle Effizienzsteigerung und den Abbau von Doppelspurigkeiten in der öffentlichen Verwaltung angestrebt. Wir streben eine Umschichtung der Ausgaben zugunsten von ökologischen Massnahmen an.

Einnahmenpolitik

Grundsätzlich streben die Grünliberalen einen mittelfristigen Umbau des Steuersystems, weg von der Besteuerung der Arbeit und hin zu einer Belastung des Energie- und Ressourcenverbrauches, an.

Im Vergleich zu den Agglomerationsgemeinden hat die Stadt Bern eine relativ hohe Steuerbelastung und diese in den letzten Jahren nicht reduziert. Eine Senkung der Steueranlage um zwei Zehntel soll darum innerhalb der nächsten 10 Jahre realisiert werden. Damit soll ein Zeichen gesetzt werden für eine attraktive Wohn- und Arbeitsgemeinde Bern.

Verbunden mit dieser Attraktivitätssteigerung soll ein Wachstum der Stadtbevölkerung und somit eine Zunahme der Steuereinnahmen angestrebt werden. Optimierungen sollen durch eine konsequente Bewirtschaftung der Zuzüger / Wochen-aufenthalter nach und in Bern sowie durch konsequente Erfassung der Geschäftsbetriebe erreicht werden.

Letztlich sind die von der Stadt getragenen Zentrumslasten durch die Agglomerationen und Regionen in angemessenem Rahmen mit zu finanzieren. Die Grünliberale Partei fordert eine aktivere Einflussnahme, um in Zusammenarbeit mit anderen Zentren einen erhöhten Ausgleich der Zentrumslasten zu erreichen.

2. Standortförderung

Die Grünliberale Partei bekennt sich zum Wettbewerb zwischen den Standorten und sieht ihn als Chance für die Stadt Bern. Sie akzeptiert die begrenzten Möglichkeiten der lokalen Wirtschaftsförderung im Hinblick auf eine effiziente Arbeitsteilung zwischen der Gemeinde, dem Kanton und dem Bund.

Die Grünliberalen lehnen eine Standortpolitik mittels kurzfristiger Anreize ab und unterstützen die Förderung von langfristigen günstigen Rahmenbedingungen auf kantonaler und nationaler Ebene, welche allen zugute kommt. Um die Kontinuität der Arbeit sicherzustellen, soll der Berner Standortförderer „Bern Promotion“ eine Strategie erarbeiten, die die langfristigen Schwerpunkte ihrer Arbeit reflektiert und klar gegen aussen kommuniziert wird.

Die Grünliberalen fordern, dass sich die Standortförderung der Stadt Bern konsequent auf die Senkung der Informations- und Ansiedlungskosten für neue Unternehmungen sowie die Betreuung ansässiger Unternehmen konzentrieren soll.

Weiter fordert die Grünliberale Partei Massnahmen in folgenden Bereichen:

- Der Auftritt des Standortförderers Promotion Bern muss massgeblich verbessert werden. Insbesondere der Webauftritt lässt zu wünschen übrig. Wir fordern, dass Informationen in mehreren Sprachen publiziert werden (auf jeden Fall in deutsch, französisch und englisch) und dass die vorhandenen Informationen klar den Bedürfnissen der Unternehmungen entsprechen.
- Eine periodische Erfolgskontrolle von Promotion Bern über die eingesetzten Mittel und die Zielerreichung soll die Transparenz der Standortförderung erhöhen.
- Die Grünliberale Partei sieht insbesondere die Cluster „Verwaltung“ und „Energie“ als Schlüsselbereiche an, welche sie mit gezielten Massnahmen fördern möchte. Im Bereich Verwaltung ist ein verstärkter Austausch von Informationen (bspw. über einen Seminarbetrieb in Zusammenarbeit mit der Universität) denkbar. Im Bereich „Energie“ geht es vor allem darum Unternehmungen im Bereich der erneuerbaren Energien in Bern anzusiedeln und zu betreuen, um den Cluster in der Region Bern zu stärken.

3. Verwaltung

Die Grünliberalen unterstützen die Umsetzung der Neuen Stadtverwaltung Bern. Wir wollen aber auch, dass der Verlauf der Umstrukturierung periodisch auf den Erfolg der Faktoren Effizienz und Wirtschaftlichkeit sowie Kundenorientierung überprüft wird.

Wir fordern eine transparente, moderne, ökologisch-bewusste Verwaltung. Dies soll mittels folgender Massnahmen erreicht werden:

- Vermeidung von Doppelspurigkeiten sowie die Reduktion der Hierarchiestufen
- Transparentes Auswahlverfahren bei der Neubesetzung von Stellen, in dem Geschlecht und Nationalität keine Rolle spielen, beispielsweise mittels anonymisierten Bewerbungsunterlagen
- Anstellungsbedingungen, welche denjenigen der Privatwirtschaft entsprechen. Dies soll zum Beispiel durch eine leistungsabhängige Entlohnung und zeitgemässe Führungsgrundsätze erreicht werden
- Vereinfachung der Verwaltungsabläufe und eine konsequente Ausrichtung am Kunden. Dies soll in Zusammenarbeit mit der Standortpromotion unter anderem zu einer Vereinfachung von Unternehmensgründungen führen.
- Opensource-Tools sollen Closedsource-Tools vorgezogen werden, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist. Die Verwaltung soll eine IT-Strategie verfolgen, die auf offene Standards setzt. Verwaltungsabläufe sollen intern zwingend und extern nach Möglichkeit elektronisch abgewickelt werden.
- Ökologische Kriterien sollen in der Auftragsvergabe berücksichtigt werden.
- Alle grösseren Unternehmen der Stadtverwaltung müssen nach ISO-Norm 14001 oder nach einer anderen, gleichwertigen Norm zertifiziert werden.